

JOACHIM KUROPKA

Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Münster

Neuere Forschungen zu einigen Problemfeldern*

I.

Als die zuständigen Gremien der Stadt Münster die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung eines Forschungsprojekts zum Thema „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Münster“ berieten, wurde über die Frage diskutiert, was genau Gegenstand der Untersuchung sein sollte: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime und daraus sich ergebender Widerstand. Es wurde u. a. vorgebracht, Widerstand und Verfolgung seien unlösbar miteinander verknüpft und Widerstand sei eben ohne Verfolgung nicht denkbar. Dies leuchtet auf den ersten Blick unmittelbar ein, doch die Tücke der Annahme erweist sich bei der Anwendung dieses Satzes.

1984 erschien in den Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte ein wichtiges Buch. Unter dem Titel „Priester unter Hitlers Terror“ unternahm Ulrich von Hehl den Versuch, möglichst alle verfolgten Priester aufzuführen sowie Art und Grund der Verfolgung anzugeben.¹ In diesem Werk sucht man im Kapitel über das Bistum Münster vergeblich den Namen des Bischofs Clemens August von Galen. Die Schlußfolgerung im Sinne der obigen Annahme muß denn also lauten: Galen hat keinen Widerstand geleistet, denn er wurde ja nicht verfolgt!

Bevor dies unter den Kriterien der Hehlschen Zusammenstellung noch kurz zurechtgerückt wird, soll eine Folgerung für die weiteren Überlegungen gezogen werden. Es zeigt sich an diesem einfachen Beispiel, daß es sich beim Widerstand gegen den Nationalsozialismus um ein inzwischen schwer zu beackerndes Feld handelt. So viel darüber schon gehandelt wurde, so wenig sicherer sind die Ergebnisse geworden. Die Ergebnisse nämlich hängen nicht allein von den Quellen ab, die der Historiker auswerten kann, sie werden weit mehr als auf vielen anderen Gebieten historischer Forschung präjudiziert durch das Konzept von ‚Widerstand‘, das den historischen Analysen zu Grunde gelegt wird. Wird hier nicht auf eindeutig offengelegte Voraussetzungen gebaut, dann treffen sich mitunter unversehens ganz konträre Positionen wie im Ergebnis von Hehls durch eine

* Überarbeitete Fassung eines am 7. 4. 1986 anläßlich der Hauptversammlung der Historischen Kommission für Westfalen gehaltenen öffentlichen Vortrages.

¹ Ulrich von Hehl (Bearb.): *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung im Auftrage der Deutschen Bischofskonferenz*, Mainz 1984.

Lücke in seinem Werk – das natürlich sehr verdienstvoll ist und dessen Wert ich durch mein Beispiel nicht etwa schmälern will – und die aus materialistisch orientierten Kreisen schon länger vorgebrachten Einwände gegen Galens Haltung, der demnach keinen „politischen Widerstand . . . gegen *das* nationalsozialistische Herrschaftssystem“ geleistet habe.²

Galen gehörte natürlich im übrigen auch nach von Hehls Kriterien unter die verfolgten Priester, nicht nur, weil ihm verschiedenste Belästigungen widerfuhr, die bei anderen Priestern zur Aufnahme in das Werk ausreichten,³ sondern weil Galen auch unter Beobachtung der Gestapo stand. Der dort geführte Personalbogen des Dr. Graf von Galen, Clemens August, wohnhaft in Münster, Beruf Bischof, geb. am 16. 3. 78 in Dinklage, katholisch, ledig, enthält 22 Eintragungen, darunter die, daß ein auf das Heimtückegegesetz gestütztes Strafverfahren eingeleitet war, das auf Grund des Straffreiheitsgesetzes vom 23. 4. 1936 eingestellt wurde.⁴

Überblickt man die Geschichte der Widerstandsforschung seit 1945, so zeigt sich, daß die allgemeine Entwicklung zwar insgesamt – jedoch mit nicht unwesentlich anders gelagerten Akzentuierungen – auch für die Stadt Münster zu beobachten ist. Wie Hans Rothfels 1958 in seinem soeben neu aufgelegten Werk „Deutsche Opposition gegen Hitler“ schrieb, wird, „wer immer sich mit den Problemen der deutschen Opposition gegen Hitler beschäftigte, (wird) zunächst (sich) dem sichtbarsten Ausdruck des Widerstandes zuwenden, der in dem Anschlag auf das Leben des ‚Führers‘ am 20. Juli 1944 zutage trat“.⁵ So standen die großen Aktionen und Personen zunächst im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses.⁶ Seit dem Beginn der sechziger Jahre setzte dann vermehrt die Kritik an diesem Bild vom „Widerstand ohne Volk“ ein, wie ironisch bemerkt worden ist,⁷ und führte zu einer Gegenbewegung,

2 Herbert Klein: Ein „Löwe“ im Zwielicht – Der Bischof von Galen und die katholische Opposition gegen den Nationalsozialismus. In: Hans-Günter Thien/Hanns Wienold (Hrsg.): Münster – Spuren aus der Zeit des Faschismus, Münster 1983, S. 72. Reinhold Schmidt: Der Kardinal und das 3. Reich. Legende und Wahrheit über Kardinal Klemens (sic) August Graf von Galen, Münster 1978 (verbreitet durch den Freidenker-Verband).

3 Es sind beispielsweise auch Priester aufgenommen, denen die Fensterscheiben eingeworfen wurden (Joseph Franken, Sp. 819), die Schulverbot erhielten (Hermann Gleis, Sp. 822), für die Demonstrationen von Gläubigen untersagt wurden (Wilhelm Grothues, Sp. 823), u. a., Umstände, die für Galen durchweg auch zuträfen.

4 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (im weiteren HStAD) RW 58, Nr. 3701.

5 Hans Rothfels: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Neuausgabe Frankfurt/M. 1986, S. 23.

6 Vgl. Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich, München/Wien ²1980, S. 182f.

7 Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes. In: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln/Berlin 1966, S. 206f.

die sich des „nicht-elitären und linken“⁸ Widerstandes annahm und die alles in allem wohl auch heute noch dominiert.

Widerstand in Münster bedeutete schon gleich nach der Besetzung durch die Engländer Widerstand des Bischofs von Münster, des Grafen Clemens August von Galen. Zwar waren in der britischen Interpretation die Münsteraner auch zumindest der passiven Unterstützung des Hitlerregimes schuldig, doch „ist dennoch Tatsache“, schrieb die *British Zone Review* im November 1945, „daß Münster bei den Nazis als das ‚Schwarze Münster‘ bekannt war. Hitler hat nicht ein einziges Mal dort gesprochen.“⁹ Dies ist zweifellos zum größten Teil dem Einfluß des Grafen Clemens August von Galen . . . zuzuschreiben, der die Nazilehren bei vielen Gelegenheiten von der Kanzel herab verurteilt hat.“¹⁰ War also selbst in britischen Augen die Kollektivschuldthese, die in der angelsächsischen Geschichtsschreibung noch lange vorherrschend war, in bezug auf Münster durch die Taten Galens relativiert, so rückte Galen in der historischen Erinnerung in Münster in die Rolle, die anderwärts die Männer des 20. Juli einnahmen.

Als der Bischof 1946 starb, erschien noch im gleichen Jahr als „Behelfsausgabe“ Heinrich Portmanns „Der Bischof von Münster. Das Echo eines Kampfes für Gottesrecht und Menschenrecht“.¹¹ 1948 folgte Portmanns Biographie,¹² die inzwischen in der 17. Auflage vorliegt, und 1955 erschien Max Bierbaums „Biographische Studie“, derzeit in der achten Auflage im Handel.¹³ Und doch konnte das – natürlich überspitzte – Wort vom „Widerstand ohne Volk“ für Münster nicht recht Geltung erlangen. Schon in Portmanns erstem Werk spielt ‚das Volk‘ im Zusammenhang der Auseinandersetzungen um den Bischof eine nicht unwesentliche Rolle,¹⁴ und in den von Portmann 1948 publizierten Dokumenten um den Bischof von Münster¹⁵ findet sich eine ganze Anzahl von Quellen über einen „nicht-elitären“, aber auch eben nicht „linken“ Widerstand, wie wohl die Wiedergabe der Quellen, z. B. wegen nicht kenntlich gemachter Auslassungen, nicht durchweg wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.

Mußte die in der Widerstandsforschung lange Zeit zu beobachtende übermä-

8 Hildebrand, wie Anm. 6, S. 185.

9 Dies ist unrichtig; Hitler sprach am 8. 4. 1932 in der Halle Münsterland. Der Polizeibericht über die Veranstaltung ist reproduziert bei Joachim Kuropka: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten (Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster 2), Münster 1981, Nr. 1b.

10 The Price of War – No 3. Munster – cultural center of Westphalia. In: *British Zone Review*, Nov. 1945; vgl. auch Joachim Kuropka: Eine diplomatische Aktion aus dem Jahre 1945 um die Romreise des Bischofs Clemens August von Münster, *Westfälische Forschungen* 28 (1976/77), S. 206f.

11 Münster 1946.

12 Heinrich Portmann: Kardinal von Galen. Ein Gottesmann seiner Zeit, Münster 1948.

13 Max Bierbaum: Nicht Lob nicht Furcht. Das Leben des Kardinals von Galen nach unveröffentlichten Briefen und Dokumenten, Münster 1978, S. 7.

14 Z. B.: Portmann, S. 28f., 99f.

15 Heinrich Portmann, Dokumente um den Bischof von Münster, Münster 1948.

flige Betonung des konservativen Widerstandes unbefriedigend bleiben, konnte diesem Mangel doch nicht durch die dann folgende Überbetonung des Widerstandes aus kommunistisch-sozialistischer Motivation abgeholfen werden. Was nun eigentlich noch zum Widerstand gezählt wurde, entzog sich immer mehr dem analytischen Zugriff und führte zu fruchtlosen Diskussionen über die Frage, was wirklich ‚politisch‘ oder *nur* interessengebundene Handlung gewesen sei, eine Unterscheidung, die die Realität totalitärer Bedrohung schlichtweg ignoriert. Nichts kennzeichnet die Situation in dieser Frage besser als der reichlich künstliche Versuch einer spieltheoretischen Ableitung des Widerstandsbegriffes.¹⁶

Einen neuen Ausgangspunkt fand die Widerstandsforschung mit dem von Broszat und seinen Mitarbeitern in dem breit angelegten Projekt „Bayern in der NS-Zeit“¹⁷ entwickelten wirkungsgeschichtlichen Ansatz. Mit dem dort angewandten Resistenzbegriff wurde die „wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruchs, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her“, erfragt.¹⁸ Während ‚Widerstand‘ oder ‚Opposition‘ wertbesetzte Begriffe sind und vor allem die Motivations- und Aktionsgeschichte des Widerstandes betreffen und somit das subjektive Handeln in den Mittelpunkt stellen, steht bei der wirkungsgeschichtlichen Frage im Vordergrund, „was *getan* und was *bewirkt*“ wurde, „weniger das, was nur *gewollt* oder *beabsichtigt* war“.¹⁹ Damit wird eher möglich, regionale Differenzierungen zu erfassen, die Beharrungs- und Widerstandskräfte bestimmter sozialer Milieus zu beschreiben und Antwort auf die Frage zu finden, inwieweit die Bevölkerung angesichts der totalen Ansprüche des Nationalsozialismus tatsächlich vereinbart werden konnte. So wird es auch möglich, die Eliten *und* den kleinen Mann gleichzeitig in die Analyse einzubeziehen, also die große wie die kleine Aktion und neben der großen Aktion den Alltag im Blick zu behalten.

Im folgenden soll unter diesem Frageansatz auf drei Bereiche des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Münster – ohne daß diese hier erschöpfend behandelt werden können – eingegangen und u. a. in Auseinandersetzung mit in letzter Zeit vertretenen Positionen für diese Bereiche vor allem zur Reichweite des dort geleisteten Widerstandes ein Beitrag geleistet werden. Dies ist natürlich nur eine Auswahl aus dem Spektrum der Konfliktfelder in Münster, die keinerlei Wertung beinhaltet. Die drei Beispiele greifen zum einen für Münster das Problem des ‚linken‘ Widerstandes auf und betreffen zum anderen Komplexe des Zusam-

16 Peter Hüttenberger: Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Theorien in der Praxis des Historikers, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3, Göttingen 1977, S. 117f.

17 Martin Broszat u. a.: Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München/Wien 1977-1983.

18 Martin Broszat: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Band 4, Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München/Wien 1981, S. 697.

19 Ebd., S. 698.

menwirkens von kleinem Mann und Eliten, und jeweils wird gefragt, „was getan und was bewirkt“ wurde. Es handelt sich

1. um die Aktionen aus dem sozialistisch/kommunistischen Milieu,
2. um den Bereich von Schule und Erziehung und
3. um das Feld der Verweigerung von Jugendlichen.

Daran anschließen sollen sich einige Bemerkungen zur Reichweite nationalsozialistischer Durchdringung und zu einigen wichtigen Begrenzungsfaktoren, die dem Versuch der Nationalsozialisten entgegenstanden, sich alle Lebensbereiche zu unterwerfen.

II.

Das Verdienst, den sozialistisch-kommunistischen Widerstand in Münster ‚entdeckt‘ und erstmals in die Öffentlichkeit getragen zu haben, gebührt dem MSB-Spartakus, der 1973 ein Interview mit einem beteiligten Zeitgenossen publizierte,²⁰ das zu einer wichtigen Quelle über eine konspirative Gruppe wurde, die 1934/35 in Münster tätig war. Angesichts der außerordentlich schlechten Quellenlage bleibt für Interpretationen und eventuell auch für Legenden um so mehr Raum.

Daher empfiehlt es sich, einige Worte zum sozialistischen und zum kommunistischen Milieu bis 1933 in Münster zu sagen und vor diesem Hintergrund die wenigen Informationen zu den Widerstandshandlungen darzustellen. Die Sozialdemokraten verfügten in der Stadt über ein Stammwählerpotential von gut 5000 Stimmen und errangen damit in der Regel vier bis fünf kommunale Mandate. In der Stadtverordnetenversammlung vertrat die SPD Teile der Arbeiterschaft, des Kleinbürgertums und auch des Handwerks. Demgegenüber war die KPD in Münster politisch ohne Bedeutung. Sie erhielt bei den Wahlen zwischen drei und sechs Prozent der Stimmen und stellte einen – jahrelang den gleichen – Stadtverordneten, der persönlich gewisses Ansehen genoß.²¹ Die KPD-Wählerschaft und -Mitgliedschaft war nicht nur kleiner – die KPD hatte Anfang 1933 ganze 86 Mitglieder²² –, sie entstammten zum guten Teil auch dem proletarischen Milieu, das ins Asoziale und Kleinkriminelle auffaserte. Über eines der entsprechenden

20 „Der Rote Arbeiter“ – Münster unter'm Hakenkreuz. Der antifaschistische Widerstand von Arbeitern und Studenten im Raum Münster, hrsg. vom MSB-Spartakus, Münster 1973; da es sich um eine ‚graue‘ Publikation handelt, ist derzeit kein Exemplar mehr greifbar. Auszugsweise wiedergegeben ist dieses Interview mit Georg Kipp in einer 1980 von den Jungdemokraten zusammengestellten Sammlung „Nationalsozialismus in Münster, Neofaschismus in der Bundesrepublik, Neonazis in Münster“; diese Sammlung ist im Stadtarchiv Münster vorhanden. Etwas ausführlicher, jedoch ohne Kennzeichnung aller Auslassungen ist das Interview wiedergegeben bei Herbert Klein: „Haltet zusammen!“ Münsteraner Arbeiter gegen den Faschismus. In: *Thien/Wienold* (wie Anm. 2), S. 107f.

21 Vgl. Joachim Kuropka: Auf dem Weg in die Diktatur. Zu Politik und Gesellschaft in der Provinzialhauptstadt Münster 1929-1934, *Westfälische Zeitschrift* 134 (1984), S. 163.

22 Staatsarchiv Münster (im weiteren StAMS), Politische Polizei, III. Reich, Nr. 391.

Wohnviertel hieß es damals in der Stadt: „Tasche, Brink-, Ribbergasse – Messerstecher erster Klasse“.²³

Während die Sozialdemokraten nach der Gleichschaltungswelle im Frühjahr 1933 im wesentlichen versuchten, „sehr vorsichtigen und sehr gut getarnten Kontakt“ zu halten,²⁴ fand sich seit Ende 1933 eine Gruppe zusammen, die in praktischer Aktion etwas gegen den Nationalsozialismus unternehmen wollte. Die Besonderheit dieser Gruppe schien darin zu liegen, daß sich – wie man formuliert hat – „Katholiken, Kommunisten, Sozialdemokraten“²⁵ zusammengefunden hatten, die mit dem „Haltet zusammen!“ Ernst machten, das unter Hammer und Sichel, den drei Pfeilen der Eisernen Front und dem XP der katholischen Jugend einmal 1934 mit Kreide auf die Straße geschrieben war.²⁶ Eine – man könnte sagen – interideologische Widerstandsgruppe zu diesem frühen Zeitpunkt, also schon Ende 1933, wäre durchaus eine Besonderheit im Spektrum der Widerstandsaktivitäten in Deutschland. Leider ist von den Zeitungen „Roter Arbeiter“, die von der Gruppe monatlich in angeblich 300 bis 1000 Exemplaren hergestellt und heimlich verteilt wurden,²⁷ kein einziges Stück erhalten geblieben, so daß sich über die inhaltliche Ausrichtung, abgesehen von den wenig präzisen Angaben der Beteiligten, nichts Konkretes sagen läßt. Die Texte der von der Gruppe auch verteilten Flugblätter knüpfen zwar an die konkrete Wirklichkeit des Dritten Reiches an, lassen allerdings eine eindeutig kommunistische Ausrichtung der antinationalsozialistischen Propaganda vermuten. Zur ‚Volksabstimmung‘ vom 19. August 1934 hieß es am Ende: „Proleten, gebt den kapitalistischen Ausbeutern und ihren faschistischen Helfern am 19. *Eure Antwort! Kämpft mit der KPD für die Rätemacht!! Stimmt mit Nein!!!*“ Diese Ausrichtung dürfte auch erklären, warum man in der Bevölkerung ohne Resonanz blieb.²⁸

Immerhin mußte die Gestapo feststellen, daß man bei der Flugblattverteilung „mit einer beispiellosen Frechheit und kaltblütig zu Werke gegangen“ war, denn die Flugblätter „wurden in solchen Nächten verbreitet, in denen fast die ganze Stadt von Streifen der Polizei, des Feldjägerkorps, der SS und SA begangen wurde“.²⁹ Die Schlußfolgerungen der Gestapo beschrieben bereits zu diesem

23 Vgl. „War damals eine verrufene Gegend“, Westfälische Nachrichten vom 27. 5. 1983; die dort angegebene Reihenfolge der Straßennamen (Brink-, Tasche, Ribbergasse) entsprach allerdings nicht dem in Münster damals gängigen Ausdruck, den ich Herrn Dr. von Schröder, Berlin, verdanke.

24 Gespräch mit Minister a. D. Heinrich Hemsath vom 3. 7. 1975.

25 Gisela Schwarze: Widerstand und Verweigerung im Münsterland 1933-1945, in: Westfälische Forschungen 34 (1984), S. 281.

26 Stadtarchiv Münster (im weiteren StdAMS), Polizeiregistratur 76, I.

27 Interview Kipp, wie Anm. 20.

28 StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 76, I; vgl. Kuropka: Machtergreifung (wie Anm. 9), S. 11; das Flugblatt ist dort als Nr. 11 a reproduziert. Kursivschrift im Original unterstrichen.

29 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für August 1934, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (im weiteren GSAB) Rep. 90, Nr. 14,6.

Zeitpunkt die Gruppe recht präzise: In Münster gebe es eine kommunistische Zelle, die Mitglieder arbeiteten nach festen Richtlinien, und man habe Verbindung mit einer zentralen Leitung.

Leider sind die Prozeßakten nicht überliefert, so daß die wenigen Hinweise von Zeitgenossen auf die Zusammenarbeit der 35 in vier Stadtteilgruppen organisierten Gruppenangehörigen eine endgültige Beurteilung nicht ermöglichen. Fest steht jedoch, daß sich im Rahmen einer kontakthaltenden Naturfreundegruppe Sozialdemokraten mit Kommunisten zusammenfanden, ein Kommunist der Gruppenchef war und man über einen anderen aus dem KZ entlassenen und emigrierten Kommunisten einiges Propagandamaterial aus Holland erhielt. In ihrer inhaltlichen Arbeit dürfte die Gruppe im wesentlichen von den Kommunisten bestimmt worden sein.

Für die über die sozialistisch-kommunistischen Milieugrenzen hinausreichenden Verbindungen steht allein ein katholischer Student aus einer bekannten Münsterschen Familie, ein idealistischer, aber wohl auch exzentrischer und schwieriger Zweiundzwanzigjähriger.³⁰ Der Zufall führte ihn über deren hübsche Tochter mit einer Kommunistin zusammen, und er fand dort Kontakt zu der genannten Gruppe, die seinem Drang nach Taten gegen den Nationalsozialismus ein Betätigungsfeld eröffnete. Zwar blieb dieser Student in Verbindung mit Kommilitonen, die aus katholisch-pazifistischer Einstellung Nazigegner waren, doch schlossen sich diese der Gruppe nicht an.³¹

Die Gruppe wurde 1935 von der Gestapo zerschlagen, und 14 Mitglieder wurden zu hohen Strafen verurteilt. Wie es der Gestapo gelang, die Gruppe auszuheben, ist bis heute ungeklärt. Es wurde von einem Gestapo-Spitzel gesprochen,³² von anderer Seite wurde die Verhaftung eines Kuriers genannt, der unter den Mißhandlungen der Gestapo Namen nannte,³³ es gibt aber auch andere Vermutungen.³⁴ Hinsichtlich der Zusammensetzung dürfte die Reihe „Katholiken, Kommunisten und Sozialdemokraten“ wohl kaum ein zutreffendes Bild vermitteln. Man wird eher von einer sozialistischen Gruppe sprechen können, um einen Sozialdemokraten und Kommunisten übergreifenden Begriff zu wählen. Natürlich war man in Münster entsetzt darüber, daß ein junger Mann aus katholischer Familie dort mitgemacht hatte. Das Entsetzen ist so verwunderlich nicht, hatten doch die politisch Bewußten während der Weimarer Zeit, sei es im Zentrum, sei es bei

30 Die Beurteilung stützt sich auf Gespräche mit Zeitgenossen und eine schriftliche Quelle, die aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes hier nicht zitiert wird.

31 Vgl. *Schwarze*, S. 218.

32 *Kipp*, wie Anm. 20.

33 Vgl. *Schwarze*, S. 218/19.

34 Gespräch mit Herrn Heinrich Zeder vom 3. 3. 1982.

den Sozialdemokraten, sei es bei anderen Parteien, die Kommunisten bekämpft, die ja nun selbst mit Vehemenz die Weimarer Republik zu schädigen gesucht hatten.

An einer weiteren rein kommunistischen Gruppe zeigt sich diese Kontinuität kommunistischer subversiver Aktion. Im Herbst 1932 war von Dortmund aus eine Gruppe des seit 1929 verbotenen Rotfrontkämpferbundes gegründet worden. Organisiert in einem „Lehrzug“ und einem „Kernzug“ verteilten die über 20 Mitglieder im Dezember 1932 und Januar 1933 vor allem vor Kasernen und Polizeirevieren Flugblätter und Zeitungen und klebten Plakate des Rotfrontkämpferbundes. Darin wurde zum Kampf gegen die Regierung Papen und zum Massen- und Generalstreik aufgerufen sowie zum „Massenkampf gegen die faschistische Generalsdiktatur“. „Weg mit Schleicher und seinen sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Stützen“, hieß es da und: „Der politische Massenstreik als Vorstufe des bewaffneten Aufstandes schlägt alle Feinde des Proletariats.“ Darüber hinaus probte man einige Male Militärisches und beschaffte sich einige Waffen, fünf Pistolen und Revolver und zwei Karabiner. Die letzte Verteilungsaktion fand Mitte Februar 1933 statt, im Sommer dieses Jahres wurden dann noch KPD-Losungen an Eisenbahnbrücken gemalt. Von den 21 aus Münster stammenden Mitgliedern der Gruppe gehörten bis auf drei alle der KPD oder deren Nebenorganisationen an. Das oben gekennzeichnete kommunistische Milieu wird in den Vorstrafenregistern noch einmal deutlich: nur drei waren nicht vorbestraft, alle anderen hatten wegen Diebstahls, Hehlerei, Betruges, Unterschlagung, Sachbeschädigung, Körperverletzung, unerlaubten Waffenbesitzes, Widerstandes gegen die Staatsgewalt usw. Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu siebeneinhalb Jahren hinter sich.³⁵ Die Mitglieder der Gruppe wurden im Sommer 1933 verhaftet und 1935 auf der Grundlage von vor 1933 ergangenen Gesetzen wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Umsturzes verurteilt. Es erging ein Freispruch, und Strafen wurden ausgesprochen von einem Jahr zwei Monaten Gefängnis bis zu drei Jahren Zuchthaus, die weit überhöht waren.

Angesichts der geringen Zahl von Kommunisten und Sozialisten der aktionistischen Richtung war mit der Aushebung der beiden Gruppen der aktive Widerstand aus diesem Motivationsfeld faktisch beendet.

III.

Wenn wir uns nun dem Komplex Schule und Erziehung zuwenden, so liegt angesichts des äußeren Erscheinungsbildes zunächst die Vermutung nahe, daß man sich hier dem Nationalsozialismus vergleichsweise bereitwillig geöffnet habe. In der einschlägigen Literatur wird fast übereinstimmend hervorgehoben, daß die

35 StAMS, Generalstaatsanwaltschaft Hamm, 1. Instanz 1933-1945, Nr. 5572.

Lehrerschaft besonders anfällig gewesen sei, und dies wird dann mit den hohen Eintrittsziffern in den NSLB begründet.³⁶ Doch lassen sich solche Indizien nur mit großer Vorsicht als Kennzeichen für die Einstellung *der* Lehrerschaft verwenden, und ein Blick in die konkreten je örtlichen Verhältnisse zeigt ein keineswegs gleichartiges Bild, das vor allem nicht durch NSLB-Mitgliedsziffern zutreffend gekennzeichnet werden kann. Selbst wenn man dies annähme, lagen die Verhältnisse im Gau Westfalen-Nord ganz anders. Am 1. Februar 1933 waren von etwa 8 000 festangestellten Lehrern nur 242, also lediglich 3 % im NSLB organisiert.³⁷

Wichtig für unseren Zusammenhang ist jedoch die Frage, wie es *in* den Schulen aussah, wie weit der Einfluß des Nationalsozialismus hier ging und welche Begrenzungsfaktoren wirksam wurden. Natürlich wurden die Inhalte aller Fächer – mit Ausnahme des Religionsunterrichts – vom Staat bestimmt, der noch im Jahr 1933 Veränderungen an den Lehrplänen vornahm.³⁸ Man mag darüber streiten, inwieweit das, was Schüler für richtig, wahr und gut halten, von den Lehrplänen bestimmt wird. Wesentlicher dürfte hier sein, was die ‚Anwender‘, die Lehrer, daraus machten, welches Beispiel sie gaben, wie sie sich im Unterricht und in der Öffentlichkeit verhielten, und wesentlich ist natürlich die Haltung der Eltern, deren weltanschauliche Orientierung in Münster zum überwiegenden Teil im religiös-kirchlichen Bereich fest begründet war. Für die sich in der NS-Zeit verstärkende Interessenkongruenz von Eltern und Lehrern gegen die vor allem von der HJ an die Schule herangetragenen Ansprüche³⁹ ergab sich in Münster eine spezifische Konstellation. Denn während Vorkämpfer der Partei die weltanschauliche Geschlossenheit aufzubrechen suchten, wachte der Bischof Graf von Galen mit Argusaugen über die Einhaltung der kirchlichen und elterlichen Rechte. Er und sein Klerus nutzten dazu die über die Gleichschaltung intakt gebliebenen Kommunikationsmittel der Kirche und fanden Zustimmung in der Elternschaft, die dies durch praktisches Verhalten bekundete. Exponenten eines kämpferisch nationalsozialistischen Kurses in der Stadt waren demgegenüber zum einen der Stadtschulrat Glowsky und zum anderen der Regierungs- und Schulrat Reimpell, eine reichlich exzentrische Figur, der gleichzeitig NSLB-Gauamtsleiter war.

36 Vgl. etwa Rolf Eilers: Die nationalsozialistische Schulpolitik: Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat, Opladen 1963, S. 74; Heinrich Küppers: Der Katholische Lehrerverband in der Übergangszeit von der Weimarer Republik zur Hitler-Diktatur, Mainz 1975, S. 123.

37 Lehrerzahl von 1937 nach Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 520, S. 22f., NSLB-Mitgliederzahl nach Bericht des Gauobmanns vom 26. 4. 1933, Bundesarchiv Koblenz (im weiteren BA), NS 12-995.

38 Vgl. Anm. 36.

39 Vgl. Michael H. Kater: Die deutsche Elternschaft im nationalsozialistischen Erziehungssystem. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Familie. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 67 (1980), S. 484f.; ders.: Hitlerjugend und Schule im Dritten Reich. In: Historische Zeitschrift 228 (1979), S. 572f.

Den ersten Konflikt brach Glowsky bereits am 24. Oktober 1933 vom Zaun,⁴⁰ als er eine Verfügung an alle Volksschulen herausgab, mit der für neun Fächer spezielle Inhalte im Anschluß an Allerseelen und für die Woche vor der sogenannten Wahl am 12. November 1933 vorgeschrieben wurden, darunter auch für den Religionsunterricht. Es war wohl der erste seiner vielen Proteste, den der gerade vor knapp zwei Wochen geweihte Bischof von Galen formulierte, der „als berufener Hüter des katholischen Glaubensgutes“ diese rechtswidrigen Eingriffe in den Religionsunterricht zurückwies, jedoch ohne jegliche Resonanz beim Stadtschulrat, so daß sich der Bischof an den Oberbürgermeister wandte⁴¹ und die Angelegenheit in einem Gespräch zunächst bereinigt wurde.⁴² Den Grund für seine Eingriffe verschwieg Glowsky nicht: „Da aber die Struktur der münsterischen Bevölkerung noch eine harte Arbeit bedingt, um wenigstens einigermaßen die getarnte Opposition zu paralisieren, so kann ich nicht darauf verzichten, daß meine Wochenstoffe möglichst vollendet verarbeitet und eingetragen werden.“⁴³ Der Stoff vom 2. November für das Fach Religion war übrigens: „Das Volk Israel im Wandel der Zeiten und seine demoralisierende Macht bei den Gastvölkern.“⁴⁴

Der Religionsunterricht blieb den fanatischen Nationalsozialisten besonders suspekt, und es gab Versuche, Kontrolle auszuüben,⁴⁵ es gab auch eine demonstrative Erteilung von Weltanschauungsunterricht durch den Regierungs- und Schulrat Reimpell, was wiederum zum Protest des Bischofs beim Regierungspräsidenten führte, da Reimpell evangelisch war und religiöse Inhalte behandelt hatte.⁴⁶ Glowsky und Reimpell unternahmen eine Reihe weiterer Vorstöße⁴⁷ – die hier nicht im einzelnen geschildert werden sollen –⁴⁸, die selbst bei den oberen Instanzen der staatlichen Schulverwaltung nicht immer auf Zustimmung stießen.

Bemerkenswert ist jedoch noch eine Aktion Glowskys im Februar 1937 zur Frage der Gemeinschaftsschule. Der Stadtschulrat ließ die Schüler der oberen vier

40 Die Wahl-Verfügung des Stadtschulrats datiert vom 3. 11. 1933.

41 Bistumsarchiv Münster (im weiteren BAMS) Neues Archiv A 0-7.

42 Laut Protokoll Glowskys, StAMS, Regierung Münster, Nr. 9242.

43 Schreiben vom 5. 1. 1934, wie Anm. 40.

44 Verfügung vom 24. 10. 1933, wie Anm. 40.

45 So versuchte ein 1. Lehrer (nicht der Schulleiter), am Unterricht eines Kaplans teilzunehmen, Schreiben des Regierungspräsidenten an den Bischof von Münster vom 28. 10. 1936, wie Anm. 40; vgl. auch die Konflikte an der Geistschule um den Kaplan Plugge, BAMS A 101-12.

46 Nach dem Pfarrbericht über die kirchenpolitischen Geschehnisse der Gemeinde St. Lamberti, Münster, im Dritten Reich, BAMS Neues Archiv A 101-12; s. auch StAMS, Regierung Münster, Nr. 9228.

47 So ein weiterer Eingriff Glowskys in den Religionsunterricht 1935, StAMS, Regierung Münster Nr. 9242; Reimpell verbot den Lehrern die Beaufsichtigung der Kinder bei der Großen Prozession im Jahre 1938, StAMS, Regierung Münster, Nr. 9221.

48 Über die Schulpolitik in Westfalen wird die Dissertation von Wilhelm Damberg: Der Kampf um die Schule in Westfalen, die voraussichtlich in Mainz 1987 erscheint, eingehend Auskunft geben.

Klassen der Volksschulen befragen, „wie sie sich entscheiden würden, wenn sie als Eltern vor die Frage gestellt würden, sich für die Gemeinschaftsschule zu entscheiden“, und gab das Motiv an, er wolle prüfen, „wie weit wahre Religiosität und nat.soz. Denken in den städtischen Volksschulen vorgedrungen ist“. Er bezeichnete die Abstimmung als „Experiment“.⁴⁹ Glowsky erregte damit „ernstes Mißfallen“ des Regierungspräsidenten und redete sich darauf hinaus, er habe „ausschließlich eine Befragung zur Feststellung der Einstellung der Lehrerschaft auf nat.soz. Denken“ beabsichtigt.⁵⁰ Es gab eine Reihe von Eingaben zu dieser Befragung, deren nachdrücklichste von den Pfarrern der Stadt Münster stammte und in einer Kanzelverkündigung bekanntgegeben wurde. Darin artikulierten die Pfarrer „Entrüstung und . . . tiefen Schmerz . . . über einen unerhörten Vorgang in den kath. Volksschulen Münsters“, und zwar artikulierten sie Schmerz und Entrüstung der *Eltern*, also eine anonymisierende und durch die Veröffentlichung um so wirksamere Form des Protestes, die gleichzeitig das enge Verhältnis von Elternschaft und Kirche öffentlich dokumentierte.⁵¹

Als dann zwei Jahre später die Gemeinschaftsschule tatsächlich eingeführt wurde, gab es in Münster zwischen 10 000 und 14 000 Einsprüche dagegen.⁵² Die Größenordnung wird erst deutlich, wenn man in Rechnung stellt, daß es in Münster *insgesamt* etwa 98 000 Katholiken gab, jedoch nur die Erwachsenen einspruchsberechtigt und nur die Eltern in erster Linie interessiert waren, so daß es sich um eine außergewöhnlich hohe Zahl handelt. Zwar hatte der Klerus Formulierungshilfe gegeben, doch mußte der Einspruch mit Namen und Adresse unterzeichnet werden.⁵³

Die hohe Zahl der Einsprüche mochte noch gewisse Sicherheit vor Repressionen bieten, dies war dann nicht mehr gegeben, wenn Eltern gegen das Verhalten einzelner Lehrer Verwahrung einlegten, wie gegen einen als „Erznazi“ bekannten Rektor, der es u. a. fertiggebracht hatte, einen Schüler nach dem Empfang der Kommunion vor der Klasse zu fragen: „Wie hat dir denn der Judenbengel geschmeckt?“ Die allgemeine Abneigung gegen den Rektor artikuliert ein Kaplan in seiner Predigt, und in einem Offenen Brief warfen die Eltern dem Rektor „schädliche Beeinflussung ihrer Kinder“ vor, die er „zu unchristlichen Menschen“

49 Abschrift der Verfügung vom 18. 2. 1937 in StAMS, Oberpräsidium Nr. 5924.

50 Regierungspräsident an Oberpräsidenten vom 11. 3. 1937, und Glowsky an Regierungspräsidenten vom 8. 3. 1937, ebd.

51 Pfarrer von Münster an den Regierungspräsidenten vom 24. 2. 1937, Abschrift in BAMS, Neues Archiv A 0-7; Kanzelverkündigung vom 21. 2. 1937, ebd.

52 14 000 Einsprüche nennt der Pfarrbericht der Gemeinde St. Lamberti (wie Anm. 45). Die Zahl 10 000 verdanke ich Herrn Dr. Damberg, der mir freundlicherweise einen Einblick in die Druckfahnen seiner Arbeit gewährt hat (vgl. Anm. 48).

53 Kanzelverkündigung vom 19. 2. 1939 und Formblatt in Gestapo an Oberpräsidenten vom 20. 2. 1939, StAMS, Oberpräsidium, Nr. 8301.

erziehe.⁵⁴ Insgesamt 99 Eltern unterschrieben, darunter fünf Parteigenossen, u. a. ein Ratsherr und Kreisamtsleiter, die dann zwar eine Reihe persönlicher Benachteiligungen hinnehmen mußten, vor dem Parteigericht des Gaues jedoch mit einer Verwarnung davorkamen.⁵⁵

Naturgemäß ist die Haltung der Lehrer schwieriger zu bestimmen, weil sie in ihrer delikaten Stellung, nämlich als Beamte gefährdet, andererseits unter den scharfen Augen von Eltern und Geistlichen agierend, sich ‚durchzuschlängeln‘ versuchten, was einem nicht geringen Teil selbst ohne korrumpierende Mitgliedschaften gelang. Von 260 im Juli/August 1945 in Münster überprüften Lehrern erschienen der zu diesem Zeitpunkt noch mit sehr strengen Maßstäben messenden Militärregierung nur 90 „zweifelhaft“.⁵⁶

Deutlicher noch zeichnete die Verhältnisse in der Lehrerschaft ein Bericht des NSLB-Kreisamtsleiters von Mitte 1935, in dem drei Gruppen von Lehrern unterschieden werden, die „ausgesprochenen Staatsfeinde“, die „Mehrheit in passiver Haltung“ und „die bis zur letzten Einsatzbereitschaft verschworenen nationalen Erzieher“. Während die „Staatsfeinde“ „in geschickter Tarnung im Verein mit Geistlichen (Kaplänen und Vikaren) einen Hetzkampf gegen alles, was nationalsozialistisch heißt, führen“, verhielt sich in den Augen des Kreisamtsleiters die Gruppe der „schwankenden Gestalten“ ganz besonders enttäuschend, wandten sie sich doch immer mehr „der schwarzen Reaktion“ zu. Von den 25 Schulleitern in der Stadt rechnete er 21 „zu den ausgesprochen aktiven oder abwartenden Gegnern des Nationalsozialismus“. Was in den Schulen geschah, schildert er mit beredten Worten: „Kurz, der katholische Mensch wird hier in Schulen herangezüchtet unter bewußter Nichtachtung oder Zurücksetzung alles dessen, was den Deutschen Menschen des Dritten Reiches werden lassen soll.“⁵⁷

IV.

Kampf um die Jugend bedeutet für jedes totalitäre System letztlich Kampf ums eigene Überleben, denn mit der Jugend soll der ‚neue Mensch‘ heranwachsen, der das Überleben des Systems garantiert, der die Glaubenssätze der herrschenden Ideologie so verinnerlicht hat, daß sie ihm nie mehr zweifelhaft werden. Im nationalsozialistischen Deutschland war dies der Glaube an den ‚Führer‘ als die Gestalt des innerweltlichen Erlösers, der Glaube an die Überlegenheit der arischen Rasse, an den Weltherrschaftsanspruch Deutschlands und nicht zuletzt an die Einigkeit aller Deutschen, garantiert durch eben die genannten Glaubens-

54 Bericht von 1966 in BAMS, Zeitgeschichtliche Sammlung, Nr. 52.

55 Ablichtung der Urteile des NSDAP-Kreisgerichts und des Gaugerichts, ebd.

56 StdAMS, Amt 40, Nr. 2.

57 BA NS 12-840.

sätze, die Herrschaft der NSDAP und die Erfassung aller Deutschen in dieser Partei, ihren Gliederungen und Nebenorganisationen.

Im Januar 1933 war die Hitlerjugend für die Erfassung der deutschen Jugend und ihre Ausrichtung im nationalsozialistischen Sinne ein durchaus ungeeigneter Verband. Von den organisierten Jugendlichen im Deutschen Reich hatten bis dahin nur etwa 50 000, also etwa ein Prozent, den Weg in diesen Parteiverband gefunden.⁵⁸ Bis Ende des Jahres 1933 waren daraus nach der sogenannten Gleichschaltung 2,3 Millionen geworden, und von den deutschen Jugendverbänden waren einzig die katholischen als selbständige Verbände übriggeblieben. Bereits der erste ungesetzliche – und erfolglose – Versuch, am 1. Juli 1933 im Zusammenhang mit der Auflösung der Zentrumspartei neben anderen katholischen Organisationen auch Kreuzschar, Sturmschar und Katholischen Jungmännerverein aufzulösen,⁵⁹ traf auf den Widerstand des Grafen von Galen, damals noch Pfarrer von St. Lamberti, der in Protesten bei der Polizei und beim Regierungspräsidenten die Rechtsform der Verbände klarstellte und die amtliche Begründung zurückwies, es handele sich um „Hilfsverbände des Zentrums, die sich staatsfeindlich betätigt“ hätten.⁶⁰

Während das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im allgemeinen bis Anfang 1934 zumindest äußerlich noch konfliktfrei erscheinen mußte, brach der Gegensatz in der Jugend schon im Herbst 1933 deutlich auf.⁶¹ Durch einen Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 4. Dezember 1933 war den katholischen Verbänden praktisch jede Tätigkeit außerhalb kirchlicher Gebäude untersagt.⁶² Der auch gegen diese Einschränkung vorgebrachte Protest des inzwischen zum Bischof geweihten Grafen von Galen brachte keine Änderung der staatlichen Haltung. Von Galen konnte in diesem Fall Rechtsverletzungen nicht ohne weiteres geltend machen, da ja strittig blieb, ob die Aktivitäten der Verbände als kulturelle Tätigkeiten vom Konkordat geschützt waren.

Zum Alltag der katholischen Jugendverbände gehörte nicht nur die zunehmende Einschränkung ihrer Betätigungsmöglichkeiten, die Überwachung durch Polizei und Gestapo, es gehörte dazu auch die direkte Auseinandersetzung mit der

58 Hans-Christian *Brandenburg*: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1982, S. 132.

59 Vgl. Barbara *Schellenberger*: Katholische Jugend und Drittes Reich. Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes 1933-1939 unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz, Mainz 1975, S. 36.

60 BAMS A 101-30; zu der Polizeiaktion in Münster vgl. Kuropka: Die Machtergreifung (wie Anm. 9), Dokumente 7 d-f.

61 Vgl. die Beschwerden über den Kaplan Plugge, Hl.-Geist-Pfarre, und seine Antworten, BAMS A 101-12.

62 Text bei Hans *Müller*: Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930-1935, München 1963, S. 225/26. Der dort wiedergegebene Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 30. 11. 1933 wurde am 4. 12. 1933 vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen übernommen; vgl. auch *Schellenberger*, S. 56f.

HJ, die bis zur physischen Bedrohung ging. Am 1. Februar 1934 sprengte die Hitlerjugend sogar eine geschlossene Vortragsveranstaltung des Bundes Neudeutschland in der Aula des Städtischen Gymnasiums, drang anschließend mit Gewalt in das ND-Heim ein und griff dort versammelte Neudeutsche und Geistliche tötlich an. Erst das zweimal herbeigerufene Überfallkommando konnte die Hitlerjungen vertreiben.⁶³

Neben den weltanschaulichen Bedenken belasteten die rüden und brutalen Methoden der HJ deren Bild in der bürgerlich geprägten Öffentlichkeit Münsters, und die direkte Förderung der Staatsjugend reichte nicht aus, ihr genügende Attraktivität zu sichern. Das lag auch an der mangelnden Qualität der HJ-Führer. Die Klagen darüber wollten nicht verstummen⁶⁴ und erhielten immer wieder Nahrung. 1936 hatte der Katholische Gesellenverein sein Heim in Fuestrup bei Greven durch Brand verloren, und in der Stadt waren sehr schnell Gerüchte in Umlauf, die HJ habe das Heim angesteckt. Als dann in einem Prozeß gegen Pfadfinder der stellvertretende Gebietsjungvolkführer bei seiner Verteidigung vom Verteidiger der Pfadfinder belastet wurde, verweigerte er die Aussage und blieb auch dabei, als ihn der Gerichtsvorsitzende aufklärte, daß Verweigerung einer Aussage nur möglich sei, wenn man sich dadurch selbst einer Straftat bezichtige. In der Stadt hielt man mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg, und die Politischen Leiter mußten sich anhören, „daß das ein interessanter HJ-Führer sei, der fast einen Meineid geleistet habe und Brandstifter sei“.⁶⁵

Die Mitglieder der katholischen Jugendverbände standen den zunehmenden Restriktionen machtlos und mit Bitterkeit gegenüber und hatten wenig Gelegenheit, mit Tapferkeit und List Auswege zu suchen oder gar dem Regime Paroli bieten zu können. Man ging „auf Tauchstation“, wie es damals genannt wurde. Fahrten waren verboten, man tarnte sich entsprechend und ging weiterhin auf Fahrt, Lager firmierten als Caritas-Kindererholung,⁶⁶ man zog die geliebte „Kluft“

63 Protokoll der ND-Führer vom 1. 2. 1934, Abschrift in Besitz des Verfassers; Mitteilungen Nr. 4 des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin vom 10. 3. 1934, BA R 58, Nr. 1068.

64 Lagebericht des Regierungspräsidenten in Münster für August 1934, BA R 43 II, Nr. 1263; Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für September 1934, StAMS, Politische Polizei III. Reich, Nr. 429; Bericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin vom 29. 3. 1935, StAMS Oberpräsidium, Nr. 5037; Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für April 1935, GSAB 90 P/14,6; Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Februar 1936, StAMS Politische Polizei III. Reich, Nr. 442; Stimmungsbericht des NSDAP-Stützpunktes Münster-Kinderhaus für März 1937, BAMS, Fremde Provenienzen A 2.

65 Stimmungsbericht der NSDAP-Ortsgruppe Münster Abschnittstor für April 1937 und Lagebericht der NSDAP-Kreisleitung für Mai 1937, BAMS, Fremde Provenienzen A 2.

66 Gespräch mit Prälat Josef Vennemann vom 6. 4. 1984; Gespräch mit Herrn Hubert Teschlade vom 1. 12. 1983; Katholische Insel-Seelsorge begann schon vor 50 Jahren. Prälat Josef Vennemann erinnert sich. In: Nordseeheilbad Baltrum. Inselglocke 26. Jg. 1982, Nr. 2, S. 6.

erst in Holland oder Frankreich an.⁶⁷ Statt des Tornisters wurde ein Persilkarton genommen, die Bitternis hinter jugendlicher Schnodderigkeit verborgen: „Persil bleibt Persil, ND bleibt ND“. Man machte sich gegenseitig Mut: „So kriegen sie uns nicht klein.“⁶⁸

Protestgelegenheiten boten sich nur in der Anonymität, und sei es in der Anonymität der Masse. Dies war einige Male gegeben bei Veranstaltungen der Deutschen Glaubensbewegung, als Sturmschar und Neudeutschland am 3. Mai 1935 bei einem Vortrag zum Thema „Wir sind Heiden aus Religion“ bei ihrer Meinung nach gotteslästerlichen Behauptungen mehrfach „Pfui“ schrien und in Reibereien mit dem Saalschutz gerieten.⁶⁹ Als es gar bei einer Kundgebung mit dem Leiter der Deutschen Glaubensbewegung, dem Professor Hauer, zum Thema „Fremder Glaube und deutsche Art“ zu „Tumulten“ und „größeren Schlägereien“ kam, identifizierte die Gestapo die Gegendemonstranten durch ihre Lieder und Sprechchöre. Es waren „zahlreiche jugendliche Anhänger der katholischen Jugend“.⁷⁰ Man sang vor und nach der Kundgebung die von der Gestapo so genannten Kampflieder „Mit uns zieht die neue Zeit“, „Großer Gott wir loben dich“, „Fest soll mein Taufbund immer stehn“, „Christus Herr der neuen Zeit“, man rief in Sprechchören „Heil Christus, Deutschland für Christus“, „Alles für Deutschland, Deutschland für Christus“ und „Es lebe das christkatholische Deutschland“, und bei den tumultartigen Szenen wurde sogar mehrfach „Nieder mit Hitler!“ gerufen. Angesichts des von Partei und großen Teilen der Öffentlichkeit für quasi-sakrosankt gehaltenen „Führers“⁷¹ ein ganz bemerkenswerter Vorfall. „Nach Lage der Sache und den ganzen Umständen nach zu urteilen“, schrieb die Gestapo, „dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Rufe ‚Nieder mit Hitler‘ von der katholischen Jugend getan worden sind.“⁷² Die Gestapo hielt „eine Auflösung der betr. katholischen Jugendverbände in Münster für unbedingt erforderlich“.⁷³ Nicht nur an „Nieder mit Hitler“, sondern auch an ihren Liedern und Sprechchören wird deutlich, worum es den jugendlichen Demonstranten ging. Hauer und die Deutsche Glaubensbewegung boten lediglich die Gelegenheit zum Protest gegen das Regime und dessen Versuch, Glaubens- und Gewissensfreiheit abzuschaffen. Dabei kam es den Protestierenden nur zustatten, daß die

67 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Juni 1935, GSAB 90 P/14,6.

68 Gespräch mit Oberstudiendirektor a. D. Hubert Mattonet vom 21. 8. 1984.

69 Ebd. u. Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Mai 1935, StAMS Politische Polizei III. Reich, Nr. 434.

70 Bericht der Staatspolizeistelle Münster vom 17. 5. 1935, StAMS, Oberpräsidium Nr. 5027.

71 Vgl. Ian Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980.

72 Wie Anmerkung 69.

73 Bericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster vom 18. 5. 1935 an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, wie Anmerkung 69.

Partei zu Hauer äußerlich Distanz hielt, obwohl jedem interessierten Zeitgenossen klar war, daß in Berlin und im Braunen Haus ein Erfolg Hauers zu diesem Zeitpunkt sehr willkommen gewesen wäre.

Bei mehreren weiteren Gelegenheiten demonstrierten katholische Jugendliche in großer Anzahl die Treue zu ihrem Glauben und zum Bischof von Münster. Es wurden die Bekenntnislieder gesungen, mit erhobener Schwurhand wurde das Glaubensbekenntnis gesprochen, mit erhobener Schwurhand „Fest soll mein Taufbund immer stehn“ gesungen, und es wurden dem Bischof Ovationen gebracht.⁷⁴

Noch im Frühjahr 1935 – also nach immerhin über zwei Jahren nationalsozialistischer Herrschaft – sah der Oberpräsident in Münster für die Zukunft der Hitlerjugend ziemlich schwarz. Er schrieb an die preußische Regierung: „Bei einem Wettbewerb der Hitler-Jugend und der konfessionellen Verbände wird die HJ, wenn sie nicht – außer den notwendigen, bisher vielfach fehlenden Heimen – besseres, geschultes Führermaterial bekommt, unzweifelhaft den kürzeren ziehen. Bereits jetzt hat sich allenthalben gezeigt, daß die HJ trotz eifrigster Bemühungen und trotz Unterstützung durch den Staat erhebliche Verluste aufzuweisen hat.“⁷⁵ Die Folge solcher Beobachtungen war ein schärferer Kurs gegenüber den katholischen Verbänden. Es kam zur Auflösung der Verbände an einzelnen Orten, und die Gauleitung beantragte, den Bund Neudeutschland zu verbieten, was der Oberpräsident allerdings mit Schreiben vom 21. November 1935 ablehnte.⁷⁶ Den Lehrern und Geistlichen wurde jede Werbung für konfessionelle Verbände in der Schule untersagt.⁷⁷ Die Überwachung nahm zu,⁷⁸ Verbandsführer wurden verhaftet. Aus Münster floh der DJK-Führer Franz Ballhorn nach Holland.⁷⁹ Die Werbung der HJ wurde aggressiver, und das von den katholischen Verbänden bis dahin praktizierte „Doppelmitgliedschaftsverbot“ ließ sich nach 1935 nicht mehr aufrechterhalten,⁸⁰ wenn auch einzelne tapfer aushielten und beispielsweise zwei 14jährige ein Jahr lang täglich in der Klasse aufstehen mußten, weil sie nicht Mitglieder der Hitlerjugend waren, und zusätzlich mit schlechten, ihren Leistungen nicht entsprechenden Zensuren bedroht wurden.⁸¹ Die Ent-

74 Bericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster vom 10. 6. 1935, StAMS Oberpräsidium Nr. 5026; Stimmungs- und Lagebericht der Gauleitung Westfalen-Nord für Mai 1936, StAMS, Gauleitung Westfalen-Nord, Hauptleitung Nr. 4.

75 Lagebericht des Oberpräsidenten an den preußischen Ministerpräsidenten vom 13. 5. 1935, HStAD, Film A 70.

76 Angelöst wurde die ND-Gruppe in Warendorf Ende 1934, StAMS, Oberpräsidium Nr. 5026.

77 Mit Verfügung vom 20. 10. 1936, ebd.

78 Z. B. der Sturmshar, Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin vom 14. 11. 1936, ebd.

79 Gespräch mit Frau Hildegard Ballhorn, Nottuln, vom 21. 8. 1985.

80 Gespräch mit Prof. Dr. Erwin Iserloh vom 21. 8. 1984.

81 Gespräch mit Herrn Rolf ter Smitten vom 14. 6. 1985.

scheidung sehr großer Teile der organisierten katholischen Jugend für ihre Verbände läßt ein HJ-Gebietsbefehl aus Münster vom 20. August 1938 gegen die Teilnahme von HJlern an Lagern und geschlossenen Veranstaltungen konfessioneller Jugendvereine erkennen, waren doch im Sommer 1936 bis zu 60 % dieser Teilnehmer auch Mitglieder der HJ.⁸² Schließlich wurden die Verbände zwischen 1937 und 1939 durchweg verboten.

Die Illegalität, in der einzelne Gruppen nun weiterarbeiteten, hatte jedoch schon lange vorher begonnen. Dafür ist eine bündische Gruppe in Münster mit Verbindungen zum Bund Neudeutschland und Kontakten ins Münsterland ein Beispiel. In einem Sondergerichtsprozeß wurden mehrere jüngere Erwachsene wegen „Geheimbündelei“⁸³ zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Gestapo konnte in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der SS in Münster eine Gruppe der Nerother – eines besonders elitären Bundes innerhalb der Jugendbewegung – und im Johanneum in Wadersloh – das ebenso wie die dortige Rektoratsschule zum 1. April 1937 geschlossen wurde –⁸⁴ eine bündische Gruppe in der Hitlerjugend ausmachen. Der Erzieher war mit den Schülern 1933 zur HJ übergetreten, die Führer der Gruppe blieben die gleichen, und man führte die bündische Jugendarbeit unter dem Dach der Hitlerjugend fort. Das bündische Gedankengut wurde durch die Nerother-Liederbücher und die im Verlag Günther Wolff in Plauen erschienene Literatur verbreitet. Die Gestapo stellte u. a. die Schriften Eberhard Köbels sicher, der als ‚Tusk‘ einen legendären Ruf aus der Jugendbewegung der Weimarer Zeit hatte,⁸⁵ und sah die besondere Gefahr der bündischen Gruppen darin, daß sie auch auf „die außenstehenden Formationen der Hitlerjugend einen großen Einfluß“ ausübten.⁸⁶ Von der Partei wurde „dieses Treiben in höchstem Grade als äußerst gefährlich für den Bestand unserer Staatsjugend“ angesehen.⁸⁷

Das Verbot der katholischen Verbände – der letzten im Juni 1939⁸⁸ – bedeutete noch nicht das Ende ihrer Arbeit, es bedeutete aber in jedem Fall auch deren Illegalität, und illegale Tätigkeit kann naturgemäß nur in kleinen Gruppen

82 Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei (Sopade), für Februar 1937, 4. Jahrgang 1937, Frankfurt/M. 1980, S. 245.

83 Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster an Geheimes Staatspolizeiamt Berlin vom 22. 7. 1936, StAMS, Oberpräsidium Nr. 5026.

84 Verfügung des Regierungspräsidenten vom 14. 12. 1936, ebd.

85 Walter *Laquer*: Die deutsche Jugendbewegung, Köln 21983, S. 184f.

86 Wie Anmerkung 83.

87 Stimmungs- und Lagebericht der Gauleitung Westfalen-Nord für Juli 1938, StAMS, Gauleitung Westfalen-Nord, Hauptleitung Nr. 4.

88 Bund Neudeutschland durch Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei vom 27. 6. 1939, gestützt auf § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933; Jungmännerverband reichsweit am 26. 1. 1939, in der Diözese Münster im Oktober 1937.

betrieben werden. Die Kirche hatte so gut es ging ihre Jugendarbeit seit Mitte der dreißiger Jahre umzustellen begonnen und auf Pfarrebene stärker religiös ausgerichtete Meßdienergruppen aufzubauen gesucht und dies nicht ohne Erfolg, wie die Reaktionen aus NSDAP-Ortsgruppen zeigen.⁸⁹

An der Weiterarbeit katholischer Gruppen in der Illegalität sind zunächst einmal die Dauer des Zusammenbleibens, dann die gemeinsamen Erlebnisse und nicht zuletzt die Werbung von neuen Angehörigen für diese Gruppen bemerkenswert. Nach dem Verbot stand in einer Reihe von Gruppen der Entschluß fest, „Wir machen weiter, aber auf unser Risiko“,⁹⁰ und man ging auch 1940, 1941 und 1942 noch auf Fahrt, benutzte Kothlen, sang verbotene Lieder, hielt Heimabende in Privatwohnungen ab, und in einem Fall blieb eine Gruppe sogar noch als Luftwaffenhelfer zusammen, wo ausgerechnet ein Neudeutscher Lagermannschaftsführer wurde und im Sinne seines Bundes im Lager Einfluß nehmen konnte.⁹¹

Bemerkenswert ist ein Zweites: So forsch es klang, das „Wir machen weiter, auf eigenes Risiko“, Illegalität bedeutete dauernde psychische Spannung und bedeutete Gefährdung dieser Jugendlichen in ihren weiteren bürgerlichen Lebenschancen bis hin zur Gefährdung ihres Lebens. Verantwortungsvolle Führer stellten sich die Frage, ob man Jugendliche den Spannungen und Gefahren überhaupt aussetzen dürfe – man durfte, mit Erlaubnis der Eltern, die die Verantwortung auf sich nahmen und die Risiken mittrugen.⁹²

Das verbotene Tun reichte über die Weiterführung von Fahrten und die verbotenen Lieder hinaus. Man beschäftigte sich mit Themen aus der Literatur und natürlich mit religiösen Fragen, und man verteilte auch Galens Predigten vom Sommer 1941 als Flugblätter in Hausfluren.

Die Jugendlichen verstanden ihre Gegnerschaft zum Regime nicht als politischen Widerstand,⁹³ ihnen ging es darum, wie ein Beteiligter es ausdrückte, „die Substanz aufrechtzuerhalten“,⁹⁴ und das bedeutete Kontrast und Alternative zur Staatsjugend und der von ihr vertretenen Weltanschauung des Nationalsozialismus. Daß die „Lebensgestaltung in Christus“ – das war das Programm des

89 Bericht der Ortsgruppe Münster-Rathaus für April 1937; Ortsgruppenberichte für März 1938, Mai 1938, BAMS, Fremde Provenienzen A 2; *Portmann*: Dokumente (wie Anm. 15), S. 70.

90 Gespräch mit Herrn Hubert Teschlade vom 1. 12. 1983; vgl. auch „Es war kein aktives politisches Wehren“. Aus einem Gespräch mit Herbert Terkotten, Mitglied der katholischen Sturmchar in Münster. In: H. W. Thien/H. Wienold/S. Preuß (Hrsg.): *Überwältigte Vergangenheit – Erinnerungsscherben. Faschismus und Nachkriegszeit in Münster i. W.*, Münster 1985, S. 65.

91 Gespräch mit Präsident Paul Schnitker vom 22. 8. 1984 und Gespräch ter Smitten; vgl. auch Joseph Schaal/Hans Günther Cleve: *Neudeutschland im Liudger-Gau, Münster*. In: Rolf Eilers (Hrsg.): *Löscht den Geist nicht aus. Der Bund Neudeutschland im Dritten Reich*, Mainz 1985, S. 114f.

92 Gespräche Iserloh und Schnitker.

93 Wie Anmerkung 90.

94 Gespräch Iserloh.

Bundes Neudeutschland in Kurzform – wiederum nicht unpolitisch sein konnte, mag die Eintragung in der erhaltenen Chronik einer ND-Gruppe vom 14. Mai 1941 zeigen: „Denn nicht der augenblickliche Nutzen rettet das Volk, sondern die Wahrheit und die Gerechtigkeit.“⁹⁵

V.

Die Stadt Münster war für die NSDAP ein schwieriges Pflaster, was sehr häufig in der Lageberichterstattung der Gestapo und der Partei betont wurde. Man sah allenthalben den „politischen Katholizismus“ am Werk, es wurde die „offensichtliche Oppositionsstimmung“ in der katholischen Bevölkerung ebenso beklagt wie die Tatsache, daß das Wirken dieses politischen Katholizismus „nicht ohne beachtenswerte und der politischen Beobachtung auffallende Erfolge“⁹⁶ blieb.

Im Sinne des eingangs beschriebenen Ansatzes ist zu fragen, welche Durchdringung des katholischen Milieus die örtliche und die Gau-NSDAP in Münster überhaupt zu leisten in der Lage waren. Die Reichweite der Partei mußte zunächst von der Motivation und Dynamik ihrer Mitglieder abhängen, und auf diesem Gebiet litt die münstersche NSDAP an einer kaum aufholbaren Strukturschwäche. Die absolute Zahl der Parteigenossen nimmt sich in Münster zwar ganz passabel aus, berücksichtigt man jedoch die vielen im öffentlichen Dienst Beschäftigten, sind etwa 4100 Mitglieder im Herbst 1935 eher als wenig anzusehen.⁹⁷ Für die Schlagkraft der örtlichen Partei dürfte sich neben dem nicht eben starken Zulauf zur NSDAP die Struktur der Mitgliedschaft noch stärker ausgewirkt haben: Nur etwa 32 % der Mitglieder waren vor der Machtergreifung eingetreten, der Rest – und das war eben der weit überwiegende Teil – hatte sich eher aus opportunistischen Gründen der Partei angeschlossen. Unter den Beamten der Stadtverwaltung z. B. befanden sich Ende 1935 nur 22 Parteigenossen, von denen lediglich sechs bereits vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten waren, neben einem Polizeiamtmann ausschließlich Stadtinspektoren. Acht waren offenbar als alte Kämpfer seit Herbst 1933 eingestellt worden, sieben waren nach der Machtergreifung Mitglied geworden, ein Fall ist nicht geklärt.⁹⁸

Unter solchen Umständen sind die häufigen Klagen der Politischen Leiter auf Ortsgruppenebene über mangelndes Engagement der Parteigenossen aus dem öffentlichen Dienst verständlich. Es wurde die „schwache Beteiligung“ ausdrück-

95 Chronik im Besitz des Verfassers.

96 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Juli 1934, GSAB 90 P/14,6; vgl. auch Lageberichte für Oktober 1934, Februar 1935 und April 1935, ebd.; Lagebericht des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 13. 5. 1935, HStAD, Film A 70 u. a. m.

97 Mitgliedszahl errechnet nach Lagebericht der Gauleitung für September 1935, StAMS Gauleitung Westfalen-Nord, Hauptleitung Nr. 4.

98 Kopie einer entsprechenden Liste im Besitz des Verfassers.

lich „auf das mangelnde Interesse zahlreicher Parteigenossen“ zurückgeführt, „die der Partei nach der Machtübernahme beitraten und deren Beitritt fast ausschließlich aus materiellen Gesichtspunkten erfolgte“. ⁹⁹ Ein weiteres Indiz für diesen Zusammenhang ist der mehrfach beklagte Mangel an Politischen Leitern ¹⁰⁰ und die Zurückhaltung der „sogenannten besseren Leute“, wie sich ein Ortsgruppenorganisationsleiter im Mai 1938 ausdrückte. ¹⁰¹ Die Überlastung der Aktiven war eine der Folgen, nicht weniger als 70 % der Parteigenossen mußten als Politische Leiter, Blockwalter usw. in der NSDAP und ihren Gliederungen tätig sein. ¹⁰²

Die Klagen über die mangelnde Beteiligung der „besseren Leute“ korrespondieren mit neueren Ergebnissen über die Sozialstruktur der NSDAP in Münster und ihre Wählerschaft bis zu den letzten Wahlen im März 1933. Danach trifft die Mittelstandsthese für Münster nur in einer sehr spezifischen Form zu. Die Partei blieb stark untermittelständisch bestimmt. Die Parteielite entstammte ebenso dem unteren bis mittleren Bereich der sozialen Schichtung, und in den Wahlen fand die NSDAP vor allem in untermittelständischen Schichten den größten Zuspruch. Während die NSDAP 1933 „sowohl Nicht- und Neuwählerkategorien wie auch ehemalige Wähler der bürgerlichen Mittel- und Interessenparteien und in geringerem Maße wohl auch der klassischen Arbeiterparteien hat ködern können“, ¹⁰³ blieb der Zentrumsturm bis zuletzt stabil ¹⁰⁴ – was nicht überall gern gehört wird. ¹⁰⁵

⁹⁹ Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Oktober 1935, StAMS Politische Polizei III. Reich, Nr. 438; vgl. auch Bericht für Februar 1936, ebd., Nr. 441, und Stimmungsberichte von Ortsgruppen für Dezember 1936 und Januar 1937, BAMS Fremde Provenienzen A 2.

¹⁰⁰ Ortsgruppenberichte für Februar 1937 und Mai 1937, BAMS, Fremde Provenienzen A 2.

¹⁰¹ Ortsgruppenbericht für Mai 1938, ebd.

¹⁰² Bericht der Ortsgruppe Münster-Bahnhof für Dezember 1936, ebd.; die Zahl dürfte in der Größenordnung auch auf andere Ortsgruppen zutreffen.

¹⁰³ Ludger *Grevelhörster*: Anfänge und Entwicklung der NSDAP in Münster bis zur „Machtergreifung“. In: Helmut *Labrkamp* (Hrsg.): Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster, Bd. 11, Münster 1984; *Kuropka*, Auf dem Weg in die Diktatur, S. 176f. Zum Problemkreis vgl. auch Jürgen W. *Falter*: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 28/29 vom 14. 7. 1979, S. 3ff.

¹⁰⁴ *Kuropka*, Auf dem Weg in die Diktatur, S. 181.

¹⁰⁵ Wer sich mit dem Nationalsozialismus auf kommunaler Ebene beschäftigt, sieht sich unversehens an eine politische Front versetzt. „Politik und Wissenschaft sind nicht zu trennen“, konstatieren da materialistisch orientierte interessierte Kreise und bedienen sich nicht nur politischer, sondern schon strafrechtlich relevanter Methoden, indem sie mein Manuskript „Auf dem Weg in die Diktatur. Zu Politik und Gesellschaft in der Provinzialhauptstadt Münster 1929-1934“ vor der Drucklegung ohne mein Wissen und meine Zustimmung einsehen und sich mit ihm dann – reichlich unqualifiziert – in einer Publikation auseinandersetzen, ohne dort anzugeben, wo denn nun dieses Manuskript gedruckt wird, damit der Leser sich nicht etwa selbst einen Eindruck von Kuropkas naiver Darstellung machen kann. Für die Verbreitung der ‚richtigen‘ Meinung ist ein solches Verfahren ja auch einfacher als die

Für unseren Zusammenhang läßt sich aus den Verhältnissen in der NSDAP in Münster und aus den Ergebnissen der Wahlanalysen schließen, daß die Reichweite des Nationalsozialismus in Münster vergleichsweise begrenzt war. Es fehlte an engagiertem Personal, den relativ wenigen, ideologisch motivierten alten Kämpfern mangelte allein schon aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung breitere soziale Anerkennung, und aus den politisch-gesellschaftlichen Eliten der Stadt aus der Vor-NS-Zeit konnten nur aus dem Umkreis des öffentlichen Dienstes in nennenswertem Umfang NSDAP-Mitglieder rekrutiert werden, die trotz ihrer Mitgliedschaft häufig in auch öffentlich zur Schau gestellter Distanz zur Partei blieben und in nicht geringem Umfang vor allem dann auf Abstand gingen, wenn es Reibungen in bezug auf Religion und Kirche gab. Als in einer Ortsgruppenversammlung der Redner religiöse Fragen in einer Katholiken und Protestanten verletzenden Weise behandelte, protestierte ein Parteigenosse, und sein Protest, der zu einem Eklat führte, fand unter den anwesenden Parteimitgliedern weitgehende Zustimmung. Sieben darüber Vernommene – alle waren Beamte – äußerten sich – zum Teil auch für weitere Teilnehmer – zufrieden über den Protest, der als „sehr mutig, wenn auch nicht gerade weltklug“ empfunden wurde, und mancher erwog gar seinen Austritt aus der Partei.¹⁰⁶ Ein anderer Parteigenosse erklärte bei einer Vernehmung im Jahre 1935, er teile zwar in der Rassenfrage und hinsichtlich der Sterilisation aus eugenischen Gründen die Ansicht der Partei, wenn jedoch eine kirchliche *ex cathedra*-Entscheidung käme, sähe er sich „als treuer Katholik gezwungen, diese Entscheidung als für mich bindend anzusehen“. Auf den Einwand, er befände sich dann doch im Gegensatz zu einem Hauptprogrammpunkt der Partei, war seine Antwort, er könne „aber als überzeugter Anhänger der Kirche nicht anders handeln“.¹⁰⁷

Die NSDAP mußte sich auf solche Verhältnisse wohl oder übel einstellen, und sie stellte sich auch darauf ein, zum Leidwesen der Scharfmacher in den Ortsgruppen und unter den mittleren Chargen, wie den oben genannten Herren Glowsky und Reimpell. „Die staatliche und parteiamtliche Einflußnahme auf die Bevölkerung . . . muß daher mit viel Geschick und Rücksichtnahme“ erfolgen, forderte der Regierungspräsident in Münster im Mai 1935.¹⁰⁸ Die Gestapo drang darauf, die „richtigen von einem versöhnlichen Geist getragenen politischen Methoden“ anzuwenden, und dabei kam es nach ihrer Meinung „auf die geistige Haltung

mühevolle Quellensuche und Quellenanalyse. Bevor mein Aufsatz erschienen war, befaßten sich damit H. G. Thien/H. Wienold/S. Preuß in der Einleitung zu dies. (Hrsg.): *Überwältigte Vergangenheit – Erinnerungsscherben. Faschismus und Nachkriegszeit in Münster i. W.*, Münster 1984, S. 9-11. Mein Aufsatz erschien in der *Westfälischen Zeitschrift* 134 (1984), S. 157-199.

106 StAMS Oberpräsidium Nr. 7139; auch Bericht der Ortsgruppe Münster-Staufen für Mai 1937, BAMS, Fremde Provenienzen A 2.

107 Stimmungs- und Lagebericht der Gauleitung Westfalen-Nord für September 1935, StAMS Gauleitung Westfalen-Nord, Hauptleitung Nr. 4.

108 Lagebericht v. 11. 5. 1935, HStAD, Film A 70.

mehr an als auf wirtschaftliche Fortschritte“. ¹⁰⁹ Selbst von Ortsgruppen wurde für „eine ausgleichende Taktik“ plädiert, ¹¹⁰ und die Gauleitung hielt es für falsch, einen Wandel der Verhältnisse „mit Gewalt zu versuchen“. ¹¹¹

Das bürgerlich-katholische Milieu – das m. E. auch 1933 bestenfalls höchst marginal aufgebrochen worden war ¹¹² – erwies sich somit für den Nationalsozialismus und seine Integrationsmethoden nur äußerst schwer erreichbar. Die angestrebte totale Erfassung der Bevölkerung scheiterte an den unzureichenden Mitteln. Die Gestapo konstatierte: „Einfacher sind die Methoden bei der Bekämpfung des aktiven politischen Widerstandes der staatsfeindlichen Bestrebungen.“ ¹¹³ Wie oben gezeigt, gelang es ja auch vergleichsweise schnell, die konspirativen Zirkel aus dem in Münster nur schwach vertretenen kommunistisch-sozialistischen Bereich auszuschalten, deren einer in der Tradition antirepublikanischer Aktionen der Kommunisten stand und deren anderer lediglich einen wohl zufälligen schmalen Anklang einer die politisch-lebensweltlichen Grenzen übergreifenden Zusammenarbeit erkennen ließ, in seinen Methoden aber ebenso wie anscheinend in seiner inhaltlichen Arbeit dem kommunistischen Milieu der Weimarer Zeit verhaftet blieb. Als die KPD dann endlich Anfang 1935 sich auf die Einheitsfronttaktik umzustellen begann, war die münstersche Gruppe bereits zerschlagen. ¹¹⁴ Selbst innerhalb des eigenen Lagers blieb der idealistische Aktionismus sozialistischer Provenienz nicht unumstritten. Die Realisten warnten, wie der auch nicht furchtsame Heinrich Hemsath, mit den Worten: „Laßt das, das wird

109 Lagebericht für August 1934, GSA 90 P/14,6; vgl. demgegenüber die ohne jedes Verständnis für die religiösen Grundlagen des katholischen Milieus und ohne Quellenbelege für seine These von Herbert Klein konstruierte Interpretation, der „religiös gefärbte Nonkonformismus kann mit einigem Recht als Ausdruck des objektiven Gegensatzes von mittelständischen Interessen und nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, die durch das große Industriekapital bestimmt wurde“, angesehen werden. So Herbert Klein: Die Stellung des Münsteraner Mittelstandes zum und im Nationalsozialismus. In: *Thien/Wienold*, Münster – Spuren, S. 63.

110 Stimmungsbericht des NSDAP-Stützpunktes Kinderhaus für März 1937, BAMS Fremde Provenienzen A 2.

111 Lagebericht der Gauleitung Westfalen-Nord für März 1937, StdAMS Amt 43 E, Nr. 18 A.

112 Vgl. demgegenüber Doris *Kaufmann*: Katholisches Milieu in Münster 1928-1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume, Düsseldorf 1984, S. 173f. Kaufmann spricht von einer Kapitulation dieses Milieus im Jahre 1933 und glaubt, eine Regeneration erst ab 1934 beobachten zu können. Ihre knappen Bemerkungen dazu sind durch Quellenbelege kaum gestützt, denn die bereits seit Februar 1933 zensierten Zeitungen können als aussagekräftiges Quellenmaterial nicht gewertet werden.

113 Wie Anmerkung 109.

114 Vgl. Hermann *Weber*: Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler“ Parteikonferenz. In: Jürgen *Schmädeke* und Peter *Steinbach* (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/Zürich 1985, S. 81/82.

nicht geändert, indem man sich revolutionär an Hauswänden versündigt, da handgedruckte Zettel anklebt und meint, damit könnte man das Dritte Reich . . . ändern. Laßt das, ihr exponiert euch völlig sinnlos.“¹¹⁵

Das Exponieren war andererseits die Sache der Bürgerlichen zumindest in solcher Hinsicht von vornherein nicht. Hier kam es den antinationalsozialistischen Eliten auf die Bewahrung der eigenen Lebensphäre an, unter Berufung auf das Recht – im nationalsozialistischen „Doppelstaat“¹¹⁶ auch ein ziemlich waghalsiges Unterfangen. Man übte sich in Distanz unter zögerlicher Absolvierung der Pflichten und Rituale, die das Regime dem einzelnen abforderte. Das Verhalten vieler in ihrem praktischen Lebensvollzug, auch im Beruf also, war auf andere Wertvorstellungen gegründet und trug zum Zusammenhalt des Milieus bei. Die Bewahrung NS-freier Lebensumkreise war für die Bereiche Schule und Jugend, die ich in Umrissen darzustellen versucht habe, von weitreichender Konsequenz. Der Bischof von Münster versuchte daher noch im Dezember 1936, Rechte aus dem Gründungsstatut des Städtischen Gymnasiums geltend zu machen, die es ihm erlaubten, aus der Lehrerschaft „Elemente fernzuhalten, deren Wirken eine Gefahr für die kirchlich religiöse Bildung und Erziehung der kath. Schüler in sich“ schliesse. Trotz seines Hinweises, nötigenfalls der Bürgerschaft Münsters über die Verweigerung der Mitwirkung bei der Besetzung von Lehrerstellen Mitteilung zu machen, ließen sich weder Stadtverwaltung noch Regierungspräsident darauf ein.¹¹⁷

Aufgrund seiner vielen insistierenden und das Kirchenvolk motivierenden und z. T. sogar erfolgreichen Proteste wuchs der Bischof nicht nur in eine Art Landesvaterrolle, sondern er und – nicht zu vergessen – die Priester des Bistums bildeten die Kristallisationskerne des Milieus, um die sich die Gläubigen bei den Glaubensdemonstrationen scharten, die aber auch die Alternative zum Nationalsozialismus verkörperten, in ihren Aktionen, vor allem aber in den Werthaltungen, die sie weiterzugeben suchten. Und darin manifestierten sich für die Gegner des Nationalsozialismus ein Stück Überwindung des Regimes und ein Stück Zukunft, die Überzeugung nämlich, daß das Dritte Reich so ewig nun auch nicht dauern werde, was übrigens auch eine bei den Sozialdemokraten verbreitete Ansicht war. Pater Friedrich Muckermann, aus Münster nach Holland geflohen, erklärte 1935: „Was der Nationalsozialismus auf dem metaphysischen Gebiet dem deutschen Volk bieten kann, ist so wenig, daß es nicht denkbar ist, daß es sich auf die Dauer damit begnügt.“¹¹⁸

Als der Pfarrer von Galen im Herbst 1933 Bischof von Münster wurde, erschien

115 Gespräch Hemsath.

116 Vgl. Ernst *Fraenkel*: Der Doppelstaat, Frankfurt/M./Köln 1974 (englische Ausgabe 1941).

117 Regierungspräsident an Bischof (Abschrift) vom 23. 12. 1936, StAMS Oberpräsidium Nr. 5310.

118 Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für Juni 1935, GSA 90 P/14,6.

er „als Garant eines harmonischen Zusammenwirkens von Kirche und nationalsozialistisch geführtem Staat“.¹¹⁹ Er konnte aber eigentlich nur denjenigen so erscheinen, die seine Schrift „Die Pest des Laizismus“ aus dem Jahre 1932 nicht gelesen hatten. Die Erfahrungen mit dem Bischof führten dazu, daß man ihn in Berlin „zu den gefährlichsten Gegnern des Regimes rechnete“ und sich doch nicht getraute, gegen ihn vorzugehen, um nicht – wie Goebbels es ausdrückte – ganz Westfalen für die Kriegszeit „abschreiben“ zu müssen.¹²⁰

So ist für Münster die nachhaltig wirksame Begrenzung und Eindämmung des Einflusses der Nationalsozialisten und des Nationalsozialismus nicht nach ‚Volk‘ einerseits und Handlungen von ‚Eliten‘ andererseits zu trennen. Der Bischof war Repräsentant dieses Volkes – übrigens impliziert das ja der Elitenbegriff durchaus –, was ein dem katholischen Milieu in Münster ablehnend gegenüber stehender Zeitgenosse sehr deutlich gesehen hat. Seine an Hitler gerichtete Warnung vor dem Bischofskandidaten vom 22. Oktober 1933 – am 28. Oktober war die Bischofsweihe – erreichte den ‚Führer‘ wohl nicht einmal, jedenfalls verhallte sie ungehört: „Jahrhunderte hat Münster und der ganze Westen unter dem bornierten fanatischen Ultramontanismus der Domkapitel und Bischöfe von Münster gelitten. Hier und nicht in Köln, München oder Breslau, ist die Hochburg Roms in Deutschland. Hier fällt mit Galen die Entscheidung. Hier reiben sich die Kapitular und Jesuiten die Hände über diesen unerhörten Sieg wider Hitler, der ihnen blind in die Hände gespielt wurde . . . Das wäre ein verheerender, unerträglicher Schlag für alle Hoffenden und Sehenden. Unerhört wäre es, wenn unter Hitler eine Not dieser Art unsere Verzweiflung besiegelte, wenn unter Hitler gar ein Laienverpestler zum Bischof der gefährlichen ultramontanen Hochburg Münster i. Westfalen würde.“¹²¹

119 Rudolf Morsey: Clemens August Kardinal von Galen (1878-1946). In: Ders. (Hrsg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 2, Mainz 1975, S. 40.

120 Ebd., S. 42,43.

121 Dr. Adolf ten Hompel an Prof. Johannes Stark vom 22. 10. 1933, StAMS, Nachlaß ten Hompel, Nr. 253.